

Kammerer Zeitung

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Zeilen: 20.- M., bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Inserentionsbedingungen. Druck- und Verlag der Kammerer Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20000 M. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Geheimlich täglich.
Monatlicher Bezugspreis 4000 M. Falls wir in der Herausgabe oder Fälligkeit der Zeitung gehindert sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schultze, Kamen.

Nr. 64

Freitag, den 16. März 1923

51. Jahrgang

Englische Vorfühler.

(TU) In den Wandelgängen des Reichstages wurden gestern Meldungen aus Paris und London telegraphisch besprochen, in denen von Verhandlungsmöglichkeiten die Rede ist. Eine Parteiführerberatung, die gestern mit der Regierung stattgefunden hat, wurde mit diesen Nachrichten in Verbindung gebracht. Dazu ist zu sagen, daß auf der Tagesordnung dieser Beratung die Frage der Getreidemenge stand. Bevor man aber in die Beratung dieses Gegenstandes eintrat, sind von der Regierung, die durch Reichskanzler Dr. Cuno und Reichsaussenminister v. Rosenfeld vertreten war, Mitteilungen über die auswärtige Politik des Reiches gemacht worden. Diese Mitteilungen waren, wie versichert wird, von allergrößter Wichtigkeit. Sie wurden für vertraulich erklärt. Trotzdem heißt es im Reichstage, daß in der Frage der Ruhrbesetzung wenn nicht eine Intervention, so doch eine Anregung von einer dritten Macht zu erwarten sei. Die Leiter unserer Politik hätten darüber ausführlich gesprochen. Es heißt, daß eine Fühlungnahme maßgebender englischer Kreise mit der deutschen Regierung bereits stattgefunden hat. Herr v. Rosenfeld will seine Rede, die er am Dienstag vor dem Plenum des Reichstages halten wollte, verschieben. Voraussichtlich wird er erst nach den Ferien seine Erklärung über die Außenpolitik des Reiches abgeben.

An amtlicher Stelle wird erklärt, daß in England noch nichts über eine Anfrage in der Ruhrangelegenheit bekannt ist, doch wird die Tatsache, daß man einen solchen Schritt erwartet, in Berlin nicht geleugnet. Die Meldungen über die Art der Vermittlung lauten verschieden. Die eine besagt, Deutschland soll aufgefordert werden, einen neuen Vermittlungsvorschlag zu machen. Die andere spricht von einer englischen Anfrage, ob Deutschland bereit sei, als gleichberechtigter Teilnehmer an einer Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Die authentische Nachrichten vorliegen, kann man von deutscher Seite zu dem erst zu erwartenden englischen Vermittlungsvorschlag keine Stellung nehmen.

„Neuborl Herald“ erklärt, eine hervorragende Persönlichkeit des Wiederherstellungsausschusses habe erklärt, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich würden noch vor Ostern beginnen. Staatssekretär Hughes hat nach Veröffentlichung der Brüsseler Beschlüsse, wonach das Ruhrgebiet nicht annektiert werden soll, durch den amerikanischen Botschafter in Paris anfragen lassen, ob Frankreich geneigt sei, von Deutschland ein neues Angebot entgegenzunehmen. Es wurde geantwortet, daß die Tür zu Verhandlungen offen stehe. Die Angebote dürften aber nicht von dritter Seite gemacht werden.

Ueber Englands Vermittlungsbereitschaft

Wird aus London berichtet, daß die durch die letzte Unterhausdebatte gekennzeichnete Lage, die für die Regierung kein günstiges Ergebnis aufwies, den Gegenstand eines Ministerates bildete. Es heißt in eingeweihten Kreisen, daß Bonar Law weiterhin entschlossen sei, keinerlei Vermittlungen zu versuchen, die Frankreich als unfreundlich ansehen würde. Dagegen sei es möglich, daß die Regierung mit Berufung auf die Brüsseler Beschlüsse bei dem deutschen Reichskanzler Vorstellungen erheben und darauf hinweisen wird, daß Frankreich und Belgien trotz ihrer Verharrung in der Ablehnung von Sanktionen für einen Ausweg zu haben wären, vorausgesetzt, daß ihnen annehmbare Bedingungen verbunden mit genügenden Sicherheiten geboten würden. In welcher Form ein derartiger Schritt Englands erfolgen wird, läßt sich noch nicht sagen. Es ist wahrscheinlich, daß er bald erfolgen wird und daß die Regierung Bonar Law auf diese Weise ihre Mitarbeit in der Schlichtung des Konfliktes in der Reparationsfrage zu ermöglichen hofft.

Vorsicht gegenüber den Interventionsmeldungen.

Die in den letzten Tagen mit zunehmender Bestimmtheit auftretenden Meldungen über Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Deutschland

und Frankreich sind auf deutscher Seite jedenfalls mit größter Vorsicht aufzunehmen, da sie unter Umständen geeignet sind, die nationale Abwehrfront zu lockern. Mit Sicherheit läßt sich aus allen diesen Meldungen nur auf das starke Verhandlungsbedürfnis der Franzosen schließen.

Die Ostpreußen zu jedem Opfer bereit.

(TU) In der gestrigen Sitzung des ostpreussischen Provinziallandtages wurde folgende Entschließung zur Ruhrfrage angenommen: Der ostpreussische Provinziallandtag stellt sich hinter die Regierung, um den Ausbruch eines rasch sich entwickelnden Krieges zu verhindern und an der Ruhe passiven Widerstand entgegenzusetzen. Er erwartet von der Reichsregierung, daß sie in ihrer ablehnenden Haltung beharrt. Die ostpreussische Bevölkerung entsetzt den bedrückenden und schwer lebenden Volkszustand am Rhein und an der Ruhr heraldische Gräße. Sie erklärt sich zu jedem Opfer bereit, um den freien Männern und Frauen unseres Vaterlandes das Durchdringen zu ermöglichen bis zum endgültigen Erfolg.

Die neuen belgisch-französischen Maßnahmen im besetzten Gebiet.

Ueber das Regime, das in den besetzten Gebieten nunmehr seitens der französischen und belgischen Regierung zur Einführung gelangen soll, veröffentlicht „Deure“ folgende Zusammenfassung:

1. Militärische Organisation: Das französische Kontingent werde um 15000 Mann vergrößert, das belgische um 5000. Insgesamt würden künftighin beide Armeen aus 90000 Mann bestehen, zu denen 10000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzugählen seien.

2. Ingenieurkommission: Diese werde unmittelbar dem Kommando unterstellt. Es werde künftig zwei Zivilmissionen geben, eine französische unter Frangin und eine belgische unter Ingenieur Genecarte.

3. Eisenbahnregime: Dieses werde auf Grund der Brüsseler Konferenz keine Veränderung erfahren.

4. Räumung der Kohlen- u. Koks-Lager: Der in Brüssel aufgestellte Plan laufe darauf hinaus, diese Maßnahmen in einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. Dies entspreche einem Vorschlag des Marshall'schen Kommandos, der an den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohlen und Koks aus dem Ruhrgebiet heraushole, anstatt die Befehle weiter auszuweiten, wie dem Kommando verlanget.

5. Ausfuhrbeschränkungen: In Brüssel gelang es Belgien, die Ausfuhr sämtlicher Maßnahmen durchzuführen, die für den ausländischen Handel eine unnötige Erschwerung darstellten.

Zur Lage im Ruhrrevier.

(TU) In Düren sind die bisher dort liegenden Truppen durch ein Bataillon des 51. Infanterieregiments abgelöst. In Witten, Marthen, Ende, Kirchende und Herdecke sind neue Truppen eingetroffen. In Velbert ist das Eintreffen des Infanterieregiments 169 mit etwa 33 Offizieren und 1500 Mann angekündigt. In Buer, Voithrop, Dortmund, Herne, Hordt-Emscher ist die Lage unverändert. Es sind keine neuen Zwischenfälle gemeldet. Der stellvertretende Landrat des Landkreises Dortmund Oberregierungsrat Geyssert ist am 13. März in Offen ausgeföhrt worden. In Bochum haben die Franzosen erneut Requisitionen von Möbeln und Hauswirtschaftsgegenständen vorgenommen. In Herne ist der Polizeioberkommandant Herzog verhaftet worden. Der Kriminaloberkommissar Lindstedt aus Witten ist von einem französischen Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe verurteilt worden. Lindstedt hat bekanntlich einen Mann, der bei den Franzosen um Arbeit nachgesucht hatte, verhaften lassen. In Woblinkel wurde gestern morgen ein Arbeiter auf Grund eines Haftbefehls von drei deutschen Kriminalbeamten festgenommen und abgeführt. Aus Anlaß dieser Verhaftung begaben sich kommunistische Arbeitskollegen des Inhaftierten zu der französischen Besatzung und erbaten ihre Unterstützung, die durch Entsendung von zwei Offizieren und mehreren Soldaten gewährleistet wurde. Diese entziffen den Beamten den Inhaftierten mit dem Bemerkung, daß er sich unter französischem Schutz befinde. Die deutschen Kriminalbeamten wurden festgenommen und nach ihrer Verhaftung wieder entlassen.

Der Kampf gegen die Zollbeamten.

(TU) Die Franzosen haben wieder 27 Zollbeamten und Angestellte im Ruhrgebiet verhaftet. Vom Zollamt M.-Gladbach wurden u. a. 3 Beamte verhaftet und nach dem Gefängnis Aachen abtransportiert, weil sie beim

weitergearbeitet haben. Der Zollsekretär Ralkowasser vom Hauptzollamt Duisburg wurde zu 4 Monaten Gefängnis und einer halben Million Mark Geldstrafe verurteilt. Steuerinspektor Michel und Angestellter Pleper wurden vom Kriegsgericht in Mainz zu 20 bzw. 15 Tagen Gefängnis verurteilt unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Sie wurden ausgewiesen. In Höchst wurde die Mehrzahl der Beamten mit Ausnahme des Amtsvorstehers ausgewiesen.

Weitere Verurteilungen.

Vom französischen Militärgericht wurde der Amtmann von Wanne, Weiberg, deshalb zu drei Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einem einzigen Falle die Ausstellung von Kohlenrequisitionsscheinen an die Besatzungstruppen verweigert hatte. Am gleichen Tage wurde der Vorsitzende der Wanner Kaufmannschaft, Kaufmann J. J. J. zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis verurteilt, weil er verheimlichte, daß die Wanner Kaufmannschaft an die Besatzungstruppen nichts verkauft hatte.

Der 60jährige verantwortliche Leiter des Mainzer Anzeigers Rohsied wurde vom französischen Militärgericht wegen einer Zeitungsnotiz, die als Beleidigung der französischen Besatzungstruppen angesehen wird, zu einem Monat Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Maulkorbgesetz für das Saargebiet.

(TU) Die Regierungskommission des Saargebietes veröffentlicht eine Verordnung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet in Anlehnung an das deutsche Gesetz zum Schutze der Republik. Sie wird ohne vorheriges Bedenken des Landrates mit Wirkung ab heute in Kraft gesetzt. Mit Gefängnis bis zu 3 Jahren, evtl. mit Justizhaus, mit Geldbußen bis zu 10000 Mark sowie mit Internierung werden bedroht Verächtlichmachung des Verfallers Vertrages, Beschimpfung des Völkerbundes, seiner Mitglieder oder der Unterzeichner der Verfallers Vertrags sowie der Saarregierung, oder Verächtlichmachung der verschiedenen Teile der Saarbevölkerung, welches auch ihre Staatsangehörigkeit sei. Die Mitglieder des vorgehenden Befehlshabers ernannt jährlich der Präsident der Regierungskommission. Die Bestimmungen über die Presse und die Vereine sind denen des deutschen Gesetzes gleich. Die Verordnung bedeutet nichts anderes, als die Mundstummung der Saarbevölkerung. Die politischen Parteien des Saargebietes werden Protest erheben.

Verschiedene Meldungen.

(TU) In der Bahnhofswache von Hengstey sind die Bilder der deutschen Minister angebracht, die den Soldaten bei der Einreise deutscher Minister ins Einbruchgebiet ihre Kontrolle erleichtern sollen.

Am Quai d'Orsay wird bestätigt, daß in etwa 14 Tagen neue französisch-belgische Besprechungen stattfinden werden und zwar in Paris. Die Fragen, die dabei behandelt werden sollen, sind natürlich noch nicht bestimmt. Sie werden sich aus der weiteren Entwicklung der Angelegenheiten ergeben. Die Vorstände der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und der schweizerischen Gewerkschaften sind erneut beim Bundesrat wegen der Folgen der Ruhrbesetzung für die schweizerische Volkswirtschaft vorstellig geworden. In den Militärgefängnissen von Velfort, Metz und Nancy werden besondere Zellen für die aus dem deutschen besetzten Gebiet zum Strafvolk nach Frankreich abzuführenden Gefangenen hergerichtet.

Bürgermeister Scheurich-Braubach, Staatssekretär Rehmann-Garb und Studienrat Schneider-Biberich wurden ausgewiesen, letzterer, weil er von seinen Schülern das Deutschlandlied singen ließ.

Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, hat der Papst die Summe von 500000 Lire für die Bevölkerung des Ruhrgebietes überlassen.

Die Singer Werke in Dresden haben für die Ruhrhilfe 50 Millionen gespendet.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 15. März.)

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Veräuflichung der Geldentwertung in den Steuergesetzen. In der allgemeinen Aussprache stellt Abg. Dr. Herz (Soz.) fest, daß durch die Vorlage das Problem der Anpassung der Steuergesetze an die Geldentwertung nicht gelöst werde. Der Regierungsentwurf habe die Geldentwertung als eine fast unabänderliche Tatsache hingenommen. Im Staatshaushalt spielen unsere Steuern keine Rolle mehr, denn durch die Steuern werden nur noch 7% des Reichsbedarfes gedeckt. (Hört! Hört!) Alles hängt von der Voranfrage ab. Im Februar 1922 betrugen die Einnahmen des Reiches 34, die Ausgaben 120 Milliarden. Diese Finanzgebarung habe das Vertrauen des Auslandes

ebenfalls erschüttert, wie der Erzberger- und Mathenauord. Nur 11 Milliarden sind in Vorjahren an Besteuern eingegangen gegenüber 146,6 Milliarden Einnahmen und Verlehen. Steuern, darunter allein 82 Milliarden Lohnabzug. Nach den Ausschlußbeschlüssen beträgt die Besteuerung eines großen Gutes mit einem gemeinen Wert von 8,7 Millionen 832 Mark d. h. 30 Pfennig auf 1000 Mark. Noch im letzten Augenblick müßte vor dieser ungerechten Steuerpolitik gewarnt werden. — Minister Dr. Hermes erklärt, daß die Bestimmungen des Vorredners nicht unüberprüfbar bleiben dürfen. Durch die Geldentwertung habe sich das steuerliche Unrecht herausgestellt. Die Regierung hat die Initiative ergriffen, um sie zu beseitigen. Deshalb dürfen wir uns nicht in Anspruch nehmen, den maßlosen Überverlehen des Abg. Herz entgegenzutreten. Es wäre sinnlos, die Steuergesetze durch eine zu weitgehende wirtschaftliche Grundlage zu verschieben, die Wirtschaft mündet zu machen. Die verschärfte Druckmittel zur Erreichung einer rechtzeitigen Steuerzahlung sind nur zu begrüßen, ebenso die Verwirklichung der steuerfreien Abzüge vom Lohn. Es handelt sich tatsächlich nicht mehr um einen 10%igen, sondern um einen 6- bis 7%igen Abzug. Tatsächlich beträgt die Steuer der Lohn- und Gehaltsempfänger nur 18,6%, die der Veranlagungs-pflichtigen dagegen 80,4%. (Hört! Hört!) Auf den Kopf der Lohnsteuerzahler kämen 5,9 Mark, auf den Kopf der Veranlagten 2000 Mark. (Hört! Hört! recht.)

Abg. Dr. Helfferich (Deutschl.) stellt fest, daß der Entwurf von dem Ideal eines Steuergesetzes allerdings weit entfernt sei. Die Katastrophe unseres Geldwertes habe alle Voraussetzungen über den Haufen geworfen. Ohne Zeitverlust müßte irgend ein Notbehelf gefunden werden, denn das Reich dürfe nicht ohne Einnahme gelassen werden. Unter dem stärksten politischen Druck ist dann das höchst fragwürdige Stückwerk zustande gekommen. Vor dem Bundesrat wurde ein Ultimatum gestellt, daß unsere direkten Steuern bis auf äußerste angespart sind und daß sie vielleicht ermäßigt werden können. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Herr Herz hier behauptet. Inzwischen sind die Verbrauchssteuern dagegen vermehrt worden. Der von uns beantragte Ertrag der Kohlensteuer haben die Sozialdemokraten widersprochen. Poincaré hat die Finanzkatastrophe Deutschlands durch seine Reparationspolitik bewußt herbeigeführt. Mindestens 7% des deutschen Aktienkapitals ist durch die Geldentwertung entwertet worden. Das Kapital ist nicht ein Gegenstand, sondern der Verbündete des Arbeiters. Es könne doch nicht darauf ankommen, das ganze Volk zu proletarisieren. Es muß alles geschehen, um den Wiederaufbau zu fördern. — Nach den Bemerkungen eines Redners vom Zentrum und von der D. Dpt. schließt die allgemeine Aussprache.

Die Beschlüsse zweiter Lesung wurden bestätigt. Die Gesamtabstimmung über das Geldentwertungsgesetz ist namentlich, dagegen stimmen die Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Vorlage wurde mit 209 gegen 146 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Die Entschließung betr. Neuregelung der Lohnsteuer wurde angenommen.

Tagesereignisse.

— (Die gestundete Kohlensteuer.) In den Steueranfragen des Reichstages teilte der Regierungsvorsteher bei der Beratung des Kohlensteuergesetzes mit, daß von der am 30. November fälligen Kohlensteuer über 4 Milliarden, der am 31. Oktober fälligen 6 Milliarden, der am 31. Dezember fälligen 16 Milliarden gestundet seien. Die im September und Oktober gestundeten Beträge seien restlos eingegangen. Von Dezember seien noch 5 Milliarden rückständig, von denen 1 Milliarde in den nächsten Tagen eingehe.

— (Der Grenzschutz in Ostpreußen.) Die interalliierte Grenzkommission für die deutsch-schlesische Grenze im Ostpreußen-Länder hat nunmehr ihren endgültigen Bescheid dahin abgegeben, daß die Gemeinde Sandau ebenso wie die Gemeinde Hattich der Tschechoslowakei überwiegen, während die Kolonie Makow, die bisher der Tschechoslowakei gehörte, an Deutschland zurückgegeben wird. Die beiden abzutretenden Gemeinden haben immer den Wunsch geäußert, bei Deutschland zu bleiben. Leider ist keine formell-juristische Handhabung vorhanden, das Verfahren in dieser Angelegenheit nochmals aufzunehmen.

— Im Befinden Lenins ist plötzlich eine Verschlimmerung eingetreten, die die Sowjetregierung veranlaßt hat, einen neuen Krankheitsbericht zu veröffentlichen, der an dem Ernst des Krankheitszustandes keinen Zweifel läßt. Dienstag wurden gleich zwei Berichte ausgegeben, die vom 12. und 13. 3. datiert sind. Der vom Dienstag datierte stellt fest, daß im Laufe des gestrigen Tages außer den Erscheinungen in der linken Seite des Kopfes sich Sprachstörungen gezeigt haben, die eine gewisse Besserung andeuten. Im übrigen sei der Zustand unverändert. Inzwischen ist auch eine linksseitige Lähmung eingetreten.

Turn- und Spielverein
Westfalia 95.

Samstag abend 9½ Uhr,
Ballversammlung
der Spielabteilung
beim Wirt Wilhelm Hefemann.
Erscheinen dringend erforderlich.
Am Sonntag finden auf dem
Golfplatz zwei Fußballspiele statt.
1. und 2. Mannschaft Heesen
gegen
1. und 2. Mannschaft Westfalia
Anfang 10½ Uhr und 12 Uhr.
h753 Der Ausschuss.



Freitag, Samstag und
Sonntag sind

Schweine

zu haben bei

H. Bonhoff,
Kamen, Unnaerstraße.



Empfehle:

Älste grüne Heringe
per Pfund 550.-
la. Schellfisch p. Pfd. 680.-

Emil Cirringhaus,
Weststraße 47, Westentor.

Erzbischof Söderblom über den Rubreinfall.

In Stockholm tagt zurzeit der Zwölfte allgemeine Kirchentag, woran außer Vertretern Finnlands, Estlands, Lettlands, Norwegens, Dänemarks, Schottlands, Deutschlands (Generalinspektorat, Kisten und Freiherr v. Bismarck) 2000 bis 3000 schwedische Priester und Laien teilnehmen. Erzbischof Söderblom hielt bei der Eröffnungsfest in der überfüllten Blasieholmskirche eine große Rede und ging hierbei auch auf die gegenwärtige europäische Krise ausführlich ein. Aus dieser Rede seien folgende besonders beachtenswerte Ausführungen hervorgehoben:

Soll die Politik nicht von der Kanzel ausgehoben sein? Gewiß! Aber es gibt in der Politik Dinge, die kein Prediger ohne Heuchelei und feige Glaubenslosigkeit gegenüber unsern Herrn mit Gleichgültigkeit und Schweigen übergehen kann. Nach dem Frieden trampften sich unser Herzen angesichts der Wirkungen der Völkervereinigung, als Millionen unschuldige Kinder und Frauen, Greise und Kranke in Mittel- und Osteuropa gequält wurden und dem Hunger und der Kälte erlagen. Ihr stiller Schmerz, all ihr Jammer droht gegen Himmel eine Schand, deren Wiedergutmachung nach den prophetischen Worten des englischen Bischofs mehrere Generationen erfordern wird. Als die Völkervereinigung aufgehoben wurde, trat die schwarze Gespensterlampe in die Erscheinung, die in Europas Mitte eingerichtet wurde. Die farbigen Rassen haben von „dem weißen Mann“ verschiedenes zu fordern. Es ist sonderbar, daß der Rückschlag zuerst eine Nation fühlbar trifft, die an den großen Kolonialerwerbungen nicht beteiligt war, die nie Sklavenhandel betrieben, aber die evangelische Mission begonnen hat. Was französische, englische, amerikanische Augenzeugen oder zuverlässige, unparteiliche, ja vielleicht ursprünglich Deutschland abgeneigte Besucher aus neutralen Ländern nach Wochen- und monatelangen sorgfältigen Untersuchungen berichtet, müssen wir glauben. Dort herrscht Terror, Verdächtigung, Angst davor, über die Ereignisse auch nur zu flüstern, ein Terror, der den im Jarenreich oder den von Bobrows Regime in Finnland bekannten übertrifft. Die Menschen fühlen sich stets mit einem Fuß im Gefängnis stehen. Seele und Körper werden angefaßt. Aber das Schlimmste ist, daß während dieser Jahre eine junge Generation empowacht, die ihr ganzes Leben lang die Verleumdungen und Demütigungen, die durch Hunger und Entfaltungen noch verstärkt wurden, nicht vergessen kann. Die fremden Herren entfalten inmitten eines verhungerten und sterbenden Volkes einen maßlosen Luxus auf dessen Kosten.

Ist jetzt Friede oder Krieg? Das ist schwer zu beantworten. Der Kampf zwischen der Gewalt, ausgerüstet mit den hervorragendsten Erzeugnissen der Waffentechnik, und der Geduld der Entwafrneten und Wehrlosen ist ungleich. Brot, Milch, Kohle, die Familien, Kinder und Erwachsene einer nach vielen Millionen zählenden Bevölkerung notdürftig nähren und wärmen sollen, Keinen, das Säuglinge und

Unsere Frühjahrs-Neuheiten in Damen- und Mädchen-Konfektion sind eingetroffen.

Eleganteste Modelle erster Berliner Modehäuser.
— Beste Verarbeitung, aparteste Formen. —
Ganz hervorragend gross ist unsere Auswahl.
Unsere Preise sind denkbar niedrig gestellt.

Besonders beachtenswerte
Schaufenster-Dekorationen.

Besichtigung ohne jeden
Kaufzwang erbeten. —

Wallach & Co. K. G. Kamen

Erster Gross-Kampfabend

des

Amateur-Boxklub Kamen 1922

am Sonntag, den 18. März 1923, abends 7 Uhr,
im Schützenhof, Wilhelm Reinhard, Weststrasse.

Beste westfälische Klasse am Start.

Die Kämpfe finden unter Aufsicht des W. A. B. V.
Düsseldorf statt.

Für guten Sport wird garantiert.

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Doppel-Quartett „Unter Uns“

Kamen

(Dirigent: Herr G. Bräutigam)

veranstaltet am Sonntag, den 18. März,
im Saale des Herrn H. Sorge in Kaiserau
einen

Lieder-Abend!

Anfang 6 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Einige wirklich genussreiche Stunden
versprechend, ladet freundlichst ein

754

Der Vorstand.

Liederbücher

zu haben in der
Buchhandlung der
Kamenor Zeitung.

Prima Mottlee

a Pfund
7500 Mark
hat abzugeben
Gärtner
Hölter,
Niederaden.

Ziegen- lamm

zu verkaufen.
Näheres in der
Geschäftsstelle
der Kamenor
Zeitung. 752

Mädchen,

das landwirtschaftliche Arbeiten
versteht, auf sofort oder später
in der Nähe von Kamen ge-
Näheres in der Geschäfts-
stelle.

Junges Mädchen, 16 Jahr,
alt, f. ch.

Stellung

im liebsten beim Landwirt.
Näheres in der Geschäfts-
stelle der Kamenor Zeitung.

Ausgekauft
**Damen-
Haar**
kauft
W. Steinmann,
Damen-Salon,
Kamen,
Bahnhofstr.

Suche für
meine Tochter,
15 Jahre, groß
und kräftig
Stellung
im Haushalt
am liebsten
beim Landwirt.
Zu erw. in
der Geschäfts-
stelle.

**Al. Kuche, Küchen-
schrank, Bettstelle u.
weiliger Herd**
zu verkaufen.
F. Blume, Schillstraße 5.

Die Aussage die ich
über Herrn Gust.
Reff, Bergkamen,
ausgesagt, beruht auf
Unwahrheit. Nehme
dieses mit Bedauern
zurück.
Frau Herm. Smidt.

Ein Holländer

richtete an ein benachbartes Eisenwerk folgen-
des Schreiben, in dem er der Enttäuschung über die
französisch-belgischen Gewalttaten Ausdruck gibt:
„Der Gedanke an das Elend, dem meine deut-
schen Freunde ausgesetzt sind, verleiht mich tat-
sächlich keinen Moment. Jeden Versuch auf Recht
hat Frankreich verloren und die zahlreichsten
rechtfertigen, gewalttätigen Ausweisungen von recht-
schaffenen Staatsbürgern, die den Willen ihres
Vaterlandes gegenüber getreu bleiben und sich
mit Mannesmut verweigern, Befehlen von frem-
der Gewalttätigkeit in Friedenszeit zu befol-
gen, überladen das französische Gewissen mit eben-
sovielen Schandmarken; anderer Ungerechtigkeiten
zu geschweigen. Zum hochangesehenen
Kriegsminister der Entente gegen Militarismus
und für Recht und Freiheit spielt Frankreich
einen abscheulichen Schachzug mit dem in
dieser Stunde immer schmerzhafter, nunmehr
hell aufleuchtenden Leitmotiv von Gewalt und
Raub mittels Uebermacht und Waffengewalt.
Ein Frieden durch Recht! — Nach dem alten
Bergwerksspruch in Freier Industrie Glückauf!“

Kein Gehorsam dem Feinde!

Während der Besetzung von Nordfrankreich
1915 warfen französische Arbeiter folgende Zettel
an die Bewohner von Lille ab:

„Wenn ihr euch weigert, militärische Ar-
beiten, die euch von dem Feind vorgeordnet
werden, vorzunehmen, dann seid ihr in eurem
Recht u. erfüllt eure Pflicht als Franzosen. Der
Vertrag von Haag, der von allen zivilisierten
Nationen ratifiziert ist, gibt euch Recht. Die
schlechtesten Völker, die Arbeit von unmittelbarer
oder entfernter militärischem Interesse überneh-
men, würden sich selber strafbar machen ge-
genüber dem Vaterland. Sie würden sich
zu allem Übrigen der Strenge des Gesetzes
aussetzen, wenn die französische Fahne wieder
über Lille flattern wird. Alles verlangt, daß
Ihr in der Hoffnung ausharrt. Habt immer
Mut und Vertrauen.“

Die Zettel mit diesem Inhalt waren ver-
anstaltet durch die Anordnung des deutschen Gou-
verneurs in Lille, daß die französische Be-
völkerung zur Herstellung von Sandsäcken heran-
gezogen sei. Die Bevölkerung weigerte sich unter
Führung eines aller Rechtsanwaltes und legte
die Weigerung auch durch.

Die Ausweisung der Schupofamilien,
welche gestrigen Meldungen zufolge von der
Besatzungsbehörde beabsichtigt sein sollte, h. g.

tätigt sich — wie die Rheinisch-Westfälische
Zeitung mitteilt — nicht. Ebenfalls nicht be-
stätigt sich das Gerücht, die Besatzungsbehör-
den wollten die blaue und die Kriminalpoli-
zei ausweisen. Die Franzosen haben, dersel-
ben Zeitung zufolge, im Gegenteil erklärt, daß sie
beide Polizeibehörden als „Grundgebilde für die
Aufstellung einer kommunalen Polizei“ wünsch-
ten.

Ein Milliardenkrach am Getreidemarkt.

Eine Milliardeninflation am Getreidemarkt
wird gemeldet und zwar handelt es sich um die
Firma B. A. Richter in Sorau. Wenn auch den
größten Teil der Verluste die Pro-
vinz zu tragen habe, so bestärkt sich dort die
Vermutung, daß auch einige Getreide-
firmen in Berlin beteiligt sind. Man
hofft jedoch, daß der Zusammenbruch keine wei-
teren Kreise ziehen werde. Die Höhe der Ver-
bindlichkeiten schätzt man auf 5 bis 8 Mil-
liarden Mark. Die Firma soll besonders
im Maisgeschäft bedeutende Verluste erlitten
haben.

(Ungesandt.)

Zu Treue steht!

Von Hans Rauber.

Melodie: Andreas Dörr.

Ein einzig Volk von Brüdern sind wir vom
Ruhrgebiet;
Ein einzig Volk von Brüdern, was uns auch
noch geschieht!
Wir fügen uns nur der Gewalt,
Hinaus in alle Welt es schallt:
Wankt nicht, steht treu zusammen
In Deutschlands schwerster Zeit;
Für Recht laßt neu entflammen
Treue und Einigkeit!

Ob noch so hart die Stunde und feindlich
Willkür,
Manch wehrlos Opfer blute, man nimmt die
Heimat dir; —
Du Volk der ganzen Welt wach auf,
Gehet einhalt dieser Knechtschaft Lauf!
Wankt nicht, steht treu zusammen
In Deutschlands schwerster Zeit!
Für Recht laßt neu entflammen
Treue und Einigkeit!

Ihr Dulder aus dem Ruhrgebiet, ihr Brüder
auch vom Rhein,
Denkt an das alte deutsche Lied: O Frei-
heit, die ich mein!
Wie uns der Feind auch zwingen mag,
Einst strahlt uns doch der Freiheitstag:
Wankt nicht um euer Dasein,
Ihr von der roten Erde!
Für uns muß die Parole sein:
Steht euch der Vater wert!

Sörbe, im März 1923.